

Wahlprüfsteine des Wasserkraftverbandes Mitteldeutschland e.V. zur Bundestagswahl 2021

Der Wasserkraftverband Mitteldeutschland e.V. hat allen vertretenen Parteien und solchen die nach aktuellen Umfragedaten mit hoher Wahrscheinlichkeit in den nächsten Bundestag einziehen werden, im Vorfeld der Bundestagswahl einen Fragenkatalog vorgelegt.

Die Parteien wurden zu Ihren Plänen zu Erneuerbaren Energien, sowie speziell zur Wasserkraft mit den Schwerpunkten Forschung, Klimaschutz und Energiewende befragt. Auch die Einstellung der Parteien zu Erkenntnissen der Wissenschaft und zur Förderung der Erneuerbaren Energien ist uns wichtig.

1. Wissenschaftlicher Einfluss auf politische Entscheidungen

Wie wollen Sie sicherstellen, dass wissenschaftliche Fakten in ausreichendem Maße bei politischen Entscheidungsfindungen Berücksichtigung finden?

- CDU** Schon bisher finden in den Fachausschüssen des Bundestags Anhörungen zu Gesetzesentwürfen mit Experten aus Wissenschaft, Gesellschaft und Politik statt. Gerade die Enquete-Kommissionen für wichtige Zukunftsfragen setzen dabei verstärkt auf eine enge Verzahnung zwischen Politik und Wissenschaft. Auch als Abgeordneter bekommt man zahlreiche wissenschaftliche und praxisbezogene Stellungnahmen. Mir ist dabei sehr wichtig, dass auf eine Ausgewogenheit und Transparenz der politischen Lobbyarbeit geachtet wird
- SPD** Der regelmäßige Dialog mit der Wissenschaft in Parlament und Regierung hat für die SPD einen eigenen Stellenwert. Mit ihrem Wissenschaftsforum hat die SPD eine eigene Struktur zum Austausch mit der Wissenschaft etabliert. Am direkten Dialog mit der Wissenschaft werden wir weiter festhalten. Darüber hinaus setzen wir uns für die Stärkung der Wissenschaftskommunikation ein. Insbesondere bei Anhörungen in Kabinettsverfahren und parlamentarischen Ausschüssen kommen auch Wissenschaftler*innen zu Wort und werden entsprechend wahrgenommen – das ist geübte Praxis und wird auch so beibehalten.
- Grüne** In Zeiten von Informationsfilterblasen und Verschwörungsideologien einerseits und epochalen neuen Herausforderungen andererseits ist wissenschaftliche Beratung und die verständliche Vermittlung wissenschaftlicher Methodik wichtiger für die demokratische Debatte denn je. Die Fähigkeiten des richtigen Umgangs mit Informationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen sind fundamental für eine aufgeklärte Gesellschaft. Eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft durch partizipative und vernetzende Formate, ein sicherer Zugang zu Informationen für alle sowie die verständliche Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse sind Voraussetzungen für ein konstruktives, sich gegenseitig stimulierendes Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft. Außerdem wollen wir die Wissenschaftskommunikation stärken und die Aus- und Weiterbildung von Wissenschaftler*innen in diesem Bereich fördern. Durch mehr partizipative Formate wie Reallabore, Citizen-Science oder Experimentierräume kann die Gesellschaft besser an Forschungsvorhaben teilhaben.

Das bringt weitere Perspektiven ein und hilft, reale Veränderungsprozesse wissenschaftlich zu begleiten. Im Kontext wissenschafts-geleiteter Politik wollen wir inter- und transdisziplinäre wissenschaftliche Expertise frühzeitiger – etwa durch „Gesetzgebungslabore“ – in die Politikentwicklung einbeziehen. Die Technikfolgenabschätzung und das Monitoring der gesellschaftlichen Folgen politischer Maßnahmen sollten ausgebaut werden, um Entscheidungsträger*innen zu unterstützen.

Linke Wissenschaft ist keine Meinung, sondern tatsachenberuhend. Insofern sollten wissenschaftliche Fakten die Grundlage politischen Handelns darstellen. Die Aufgabe von Politik ist es wiederum, gesellschaftliche Bedürfnisse, Ängste, Zukunftswünsche und soziale Sicherheit zusammenzubringen und miteinander zu verbinden.

Beispiel Klimawandel: Hier ist seit Jahrzehnten bekannt, dass der Mensch die Verantwortung für die derzeitige und künftige Entwicklung hat, dennoch handelt die regierende Politik nicht, obwohl wissenschaftliche Fakten dringende und eindeutige Maßnahmen herleiten. Das Problem ist, dass die meisten Menschen und Wähler*innen oft nur für akute Probleme ein entsprechendes Handlungs-interesse entwickeln, wenn also für sie direkt eine Verbesserung oder Verschlechterung durch die jeweilige Entscheidung eintritt. Das ist auch menschlich und nachvollziehbar. Deswegen ist es wichtig, dass Themen wie der menschengemachte Klimawandel und dessen (persönliche) Auswirkungen auf jede*n von uns genau erklärt und dargestellt werden. Leider ist das erst seit kurzem erfolgreich, dank außerparlamentarischen Klimabewegungen wie Fridays4Future oder EndeGelände. Dennoch gibt es viele Parteien, die daraus eher eine Angstdebatte machen und eben wissenschaftliche Fakten ignorieren und Stimmung gegen entsprechende Maßnahmen machen. Wir als LINKE gehören nicht dazu. Wir nehmen die Problemlage sehr ernst und fordern auch aufgrund der wissenschaftlichen Fakten als einzige Partei im Bundestag die klimaneutrale Wirtschafts- und Lebensweise bis spätestens zum Jahr 2035.

Trotzdem wollen wir das mit den Menschen gemeinsam erreichen. Wir wollen nicht gegen Individualentscheidungen vorgehen, sondern ökologische Alternativen stärken. Was sich wirklich ändern muss, ist unsere Wirtschaftsweise. Im Kapitalismus überlebt nur der, der am meisten Profite erzeugt. Dieses Wirtschaftssystem wollen wir überwinden. Die Wirtschaft muss für die Menschen und ihre Grundbedürfnisse ausgerichtet sein. Herstellungsprozesse müssen strikt nach planetaren Grenzen ausgerichtet werden – aus wissenschaftlichen Fakten. Klimapolitik bedeutet Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Agrarpolitik, Verkehrspolitik, Energiepolitik, Umweltpolitik, Außenpolitik. In anderen Worten: Wenn wir die Gefahr der Klimakrise bekämpfen wollen, müssen wir dies mit voller Kraft und auf allen Ebenen machen. Für uns heißt das: von der Weltklimakonferenz über den deutschlandweiten Kohleausstieg bis hin zum Flughafenausbau Leipzigs (und dessen Verhinderung!) und Nahverkehr zum Nulltarif gilt es Klimapolitik zu gestalten. Globale soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert kann nur funktionieren, wenn Klimapolitik ein zentraler Pfeiler unseres Denkens und Handelns wird – und das aufgrund von wissenschaftlichen Tatsachen, die wir in reale Politik eingliedern.

Nicht zuletzt setzen wir uns deswegen dafür ein, dass es einen bundesweiten Klimanotstand und andere Instrumente geben soll, die im Zweifel verhindern, dass

umweltschädliche Gesetze beschlossen werden können. Ähnlich wie das Grundgesetz für die Wahrung der Menschenrechte die Todesstrafe ausschließt.

FDP Wir haben keinen Zweifel, dass sowohl der wissenschaftliche Dienst des Bundestages als auch die fachliche Kompetenz der Bundesministerien jederzeit wissenschaftliche Fakten analysiert und den politischen Entscheidungsträgern zur Verfügung stellt. Oft ist es in der Vergangenheit jedoch ein Problem gewesen, dass die Ergebnisse für diese Entscheidungsträger schon vorher feststanden und nur noch die Fakten Beachtung fanden, die die eigene Meinung gestützt haben. Wir Freie Demokraten wollen daher wieder eine Kultur der ergebnisoffenen Entscheidungsfindung etablieren, in der wissenschaftliche Experten angehört, Fakten abgewägt und Lösungen nach dem besten Kenntnisstand entwickelt werden.

AfD Keine Antwort

2. Deutschland genießt weltweit einen Ruf als vorzüglicher Standort für Wissenschaft und Technik, insbesondere auch im Bereich der Erneuerbaren Energien:

a) Was sieht Ihr Partei-Programm vor, um dieses hohe Niveau zu halten oder zu stärken?

CDU Unser zentrales Ziel ist, dass Wirtschaft und Staat bis 2025 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aufwenden, damit der hohe Standard aufrechterhalten und ausgebaut wird. Dann kann es auch gelingen, mindestens eine deutsche Universität in die Top 20 der Welt zu bringen. Die Exzellenzstrategie muss fortgeführt werden, wir bekennen uns zu einem der wichtigsten Instrumente der Wissenschaftsförderung, dem Pakt für Forschung und Innovation (PFI). Dieses Instrument nutzen wir, um die Fraunhofer-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, die Leibniz-Gemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft gezielt zu unterstützen. Damit wird der Wissenschaftsstandort Deutschland gestärkt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert.

SPD Um auch in Zukunft innovativ zu bleiben, werden wir die Stärken des deutschen Wissenschafts-systems in seiner ganzen Breite und Vielfalt und seiner internationalen Ausrichtung erhalten und weiterentwickeln. Dazu fördern wir Zukunftstechnologien wie zum Beispiel Quantentechnik, Künstliche Intelligenz, Alternativverfahren und Wasserstoff an vielen Orten im Land.

Wir wollen den Zielwert gesamtstaatlicher, also öffentlicher und privater Ausgaben für Forschung und Entwicklung, auf mindestens 3,5 Prozent steigern. Wir werden dazu die Innovationsförderung aufstocken, die Forschung in die mittelständische Praxis mit Partnerschafts- und Kooperationsförderungen vorantreiben und die Förder- und Kreditprogramme für den Mittelstand im Bereich Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz ausbauen.

Die umfassende Förderung der Wissenschaft schließt die Fortsetzung des Pakts für Forschung und Innovation ebenso ein wie die Gründung einer Deutschen Transfergemeinschaft und die Aufstockung der Innovationsförderung und von Forschungsmitteln für die mittelständische Praxis.

Grüne Wir wollen sichere Arbeitsbedingungen und gleiche Karrierechancen für alle schaffen, für eine lebendige und innovative Wissenschaftslandschaft, die auch für Wissenschaftler*innen aus dem Ausland attraktiv ist. Für Nachwuchswissenschaftler*innen gibt es vor allem an Hochschulen kaum planbare und sichere Berufswege. Das gefährdet den Forschergeist und verschleudert Potenziale bei Innovation, Leistung und Qualität. Wir wollen das Wissenschaftszeitvertragsgesetz weiterentwickeln und den Anteil der unbefristeten Mitarbeiter*innen-Stellen, insbesondere im Mittelbau, substantiell erhöhen. In allen Beschäftigungsverhältnissen wollen wir flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen, die es erlauben, Care- und Familienarbeit zu leisten und somit besonders für Frauen das Berufsfeld attraktiver zu gestalten. Eine größere Diversität in der Wissenschaft hilft auch, geschlechterspezifische Datenlücken zu verringern und neue Perspektiven einzubringen.

Linke [Aus dem Wahlprogramm]
Die Industriestruktur muss regionaler, krisenfester und unabhängiger vom Export werden – und die Industrie perspektivisch klimaneutral produzieren. Anders als Konzepte von Strukturwandel in der Vergangenheit geht es nicht um Subventionen von Konzernen und eine gewisse »soziale Abfederung« der Folgen von Krisen, sondern um eine bessere Zukunft für die Beschäftigten in der Industrie: sinnvolle und sichere Arbeit, Löhne, die für ein gutes Leben reichen, weniger Stress und mehr freie Zeit.

Unser Ziel ist es, dass die Industrie bis 2035 klimaneutral, nachhaltig und energieeffizient produziert und die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos, Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion wird. Wir wollen mit den Gewerkschaften zusammen einen Prozess der Rüstungskonversion auf den Weg bringen (vgl. Kapitel »Frieden«). Dabei muss sichergestellt werden, dass neue, gleichwertige Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen geschaffen werden.

Wir fordern statt Subventionen für Aktionärsrenditen einen Rettungsschirm für Industriearbeitsplätze, der für sichere und sinnvolle Arbeit in der Zukunft sorgt:

- Keine Steuergelder ohne Gegenleistung. Staatliche Gelder (egal ob direkte Hilfszahlungen oder versteckte Subventionen) müssen an langfristige Garantien von Arbeitsplätzen, Tarifverträgen und an verbindliche Investitionspläne gebunden werden, um den notwendigen ökologischen Umbau der Produktion voranzutreiben, Planungssicherheit und sichere Einkommen für die Beschäftigten zu garantieren.

- Vetorechte gegen Kahlschlag, Mitbestimmung über die Zukunft. Die Belegschaften müssen bei Entscheidungen über Standortverlagerungen, – schließungen und – auslagerungen, bei Massenentlassungen und bei Entscheidungen über Zukunftsinvestitionen mitbestimmen! Betriebsräte müssen auch in wirtschaftlichen Fragen ein Mitbestimmungsrecht bekommen und alle wichtigen Unternehmensentscheidungen müssen von Belegschaftsversammlungen bestätigt werden.

- Die Bundesregierung muss, zusammen mit den Belegschaften, den Gewerkschaften, Wissenschaft, Umwelt- und Sozialverbänden einen verbindlichen Zukunftsplan für die

Industrie entwickeln, der für eine klimaneutrale Industrieproduktion bis 2035 sorgt und mit Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien für die Beschäftigten verbunden ist. Die Industriekonzerne müssen verpflichtet werden, diesen Umbau in die Wege zu leiten – sie sind gemäß dem Grundgesetz auf das Gemeinwohl zu verpflichten. Bei der Finanzierung der ökologischen Modernisierung der Produktion wollen wir die Konzerne und Aktionäre in die Pflicht nehmen. Zur Erinnerung: Allein Daimler, VW und BMW hatten im vergangenen Jahr Gewinnrücklagen in Höhe von knapp 180 Milliarden Euro.

- Ein Industriefonds über 20 Milliarden Euro im Jahr: Mit einem staatlichen Transformationsfonds über 20 Milliarden Euro im Jahr soll der notwendige ökologische Umbau insbesondere in der Autozulieferindustrie unterstützt werden. Von diesem Fonds profitieren nur Betriebe, die Arbeitsplätze sichern, gute Löhne und flächendeckende Tarifverträge haben.

- Ein Investitionsprogramm für einen zukunftssicheren Umbau hin zu einer klimaneutralen Stahl- und Grundstoffindustrie, unter anderem mit Einsatz von grünem Wasserstoff. Staatliche Hilfgelder darf es nur mit demokratischer Kontrolle und im Gegenzug zu öffentlichen Eigentumsanteilen an den Stahlkonzernen und einer stärkeren Mitbestimmung der Belegschaften geben.

- Wir wollen ein sozial wie klimagerecht ausgerichtetes Lieferkettengesetz. Das Gesetz muss das Pariser Abkommen sowie eigenständige umweltbezogene Sorgfaltspflichten für Unternehmen verankern (vgl. Kapitel »Soziale Gerechtigkeit weltweit«).

- Wir setzen uns für einen europäischen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus ein, der den Import CO₂-intensiver Produkte bepreist. So verhindern wir, dass die Dekarbonisierung der Industrie in Deutschland und der Europäischen Union zulasten der hiesigen Beschäftigten geht und zur Verlagerung von CO₂-intensiver Produktion in Drittstaaten führt.

Demokratie in der Wirtschaft. Genossenschaften und solidarische Ökonomie fördern
Wir wollen mehr Demokratie auch in der Industrie fördern: Gelder für Forschung und Entwicklung, für die Stärkung einer regionalen Industriestruktur sollen durch regionale Wirtschafts- und Transformationsräte kontrolliert werden, in denen neben der Landesregierung und Unternehmen auch Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände gleichberechtigtes Stimmrecht haben.

Demokratische öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen können in Zukunft im Mittelpunkt einer nicht kapitalistischen Wirtschaftsweise stehen. Genossenschaften und Belegschaftsbetriebe bauen auf Wissen, Erfahrung und Kompetenzen der Beschäftigten auf und geben ihnen mehr Möglichkeiten, über Art und Inhalt der Produktion mitzubestimmen. Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, müssen unsere Lebensverhältnisse einschließlich der (Rüstungs-)Industrie umgebaut werden. Betriebliche Mitbestimmung entwickeln wir zu echter Wirtschaftsdemokratie weiter. Das ist auch notwendig, weil Impulse aus Politik und Wirtschaft nicht ausreichen werden, das Klima in der gebotenen Geschwindigkeit zu schützen.

- Staatliche Fördergelder müssen vorrangig für ökologische Modernisierung, regionale Strukturpolitik in wirtschaftlich abgehängten Regionen und für Genossenschaften verwendet werden. Genossenschaften müssen in allen Bereichen der staatlichen Wirtschaftsförderung gleichberechtigt berücksichtigt werden.

■ Wir fördern Unternehmen, die ganz oder zum Teil im kollektiven Eigentum der Belegschaft stehen, durch Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Im Forschungsförderungsgesetz wollen wir einen verbindlichen Anteil für Grundlagenforschung im Bereich der solidarischen Ökonomie verankern. Zudem wollen wir eine sozialökologische Wirtschaftskammer einrichten, die regionale Leuchtturmprojekte und Unternehmensgründungen im Bereich solidarischer Ökonomie durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützt.

■ Auch bei Unternehmen in der Krise wollen wir Belegschaften fördern, die das Unternehmen kollektiv weiterführen wollen: Staatliche Subventionen an Unternehmen und Hilfen in wirtschaftlichen Krisen müssen, wo die Belegschaften das befürworten, in Form von kollektiven Belegschaftsanteilen vergeben werden. Beim Verkauf von Unternehmen müssen die Belegschaften ein Vorinformations- und Vorkaufsrecht erhalten.

DIE LINKE kämpft dafür, Unternehmen der Daseinsvorsorge, Banken und Versicherungen, Energiekonzerne, Unternehmen der Pharma- und medizinischen Industrie, der Post, der Telekommunikationsinfrastruktur sowie weiterer Schlüsselindustrien in öffentliche (oder genossenschaftliche) Hand und in gesellschaftliche Eigentumsformen zu überführen. Wir wollen die großen Stromkonzerne entmachten und in öffentliches Eigentum überführen. Die Energiewirtschaft soll durch Stadtwerke organisiert werden, die in den Kommunen dezentral und demokratisch gestaltet werden.

Die sozialökologische Transformation braucht gesamtheitliche Projekte und konkrete Orte, die Menschen aus verschiedenen Bereichen zusammenbringen, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Wir wollen Zentren schaffen, die eine aktive gesellschaftliche Teilhabe an der Transformation ermöglichen und fördern. Diese Transformationszentren sollen Ausbildung und Weiterbildung für faire und Gute Arbeit nach den Anforderungen der Umwelt- und Klimagerechtigkeit bieten.

FDP

Für uns Freie Demokraten steckt die Kraft zur umfassenden Modernisierung Deutschlands in den Kräften der freien Wissenschaft und der sozialen Marktwirtschaft. Daher setzen wir auf eine enge Verzahnung von Wissenschaft und anwendender Industrie. So wollen wir Freie Demokraten die Gründung einer Deutschen Transfergemeinschaft (DTG) auf den Weg bringen. Sie soll unabhängig agieren und als Selbstverwaltungseinrichtung sowohl technologische als auch soziale Innovationen unterstützen. Förderfähig sind einerseits Projekte unter Beteiligung einer Hochschule und andererseits eines Unternehmens aus der Wirtschaft oder Zivilgesellschaft. Die DTG wäre ein One- Stop-Shop, der Transfer-Know-how bündelt und kostenneutral durch bislang auf mehrere Ministerien verteilte Transferfördergelder finanziert wäre. Hightech-Unternehmen und Energie-Start-ups werden so in ihrer Leistungs- und Innovationskraft gestärkt.

AfD

Keine Antwort

b) Welche Rolle spielen dabei die europäischen Forschungsförderprogramme? Sollte man sich da stärker engagieren oder die Ressourcen eher in Deutschland investieren?

- CDU** Der richtige Mix aus beiden Entscheidungen ist richtig. Eine gute Finanzierung und Förderung unserer Universitäten, Fachhochschulen sowie Akademien durch Bund und Länder sorgt für eine hervorragende Wissenschaftslandschaft. Dazu kommen dann noch europäische Programme wie Horizont Europa, die 95 Milliarden Euro bis 2027 für Forschungsförderung bereitstellen. Diese Programme werden in Zukunft zunehmen, weil die komplexen Probleme wie der Klimaschutz in unserer globalisierten Welt nur gemeinschaftlich gelöst werden können. Außerdem sehen wir bereits jetzt, dass auch unsere deutschen Wissenschaftsstandorte sehr von der von der Vernetzung mit ihren europäischen und internationalen Partnern profitieren. Die Digitalisierung macht hier künftig immer mehr möglich. Dies kommt dem Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland zu Gute.
- SPD** Die SPD begrüßt die Fortsetzung des Programms Horizont Europa, wenngleich ein höherer Ansatz wünschenswert gewesen wäre. Wir wollen zudem mehr Forschungsk Kooperation mit der Schweiz und dem Vereinigten Königreich. Dafür sind jedoch gleiche Regeln für die gesamte EU notwendig, einzelvertraglichen Abkommen stehen wir ablehnend gegenüber.
- Damit sächsische Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen verstärkt von den europäischen Forschungsfördertöpfen profitieren, intensivieren wir die Beratungs- und Unterstützungsangebote
- Grüne** Wissenschaftliche Kooperationen mit den europäischen Partner*innen, vor allem unter den Hochschulen, tragen maßgeblich zur Attraktivität und Innovationsdynamik des deutschen Wissenschaftssystems bei, deshalb wollen wir sie stärker fördern. Als Europäer*innen investieren wir gemeinsam in Klimaschutz und Forschung. Um im internationalen Standort-Wettbewerb mithalten zu können, bedarf es einer starken europäischen Vernetzung von Spitzenforschung. Wir investieren in Spitzenforschung, die Förderung von Talenten und die Bildung von Clustern.
- Linke** Siehe Punkt 2a
- FDP** Für die Bundesrepublik Deutschland stellt sich diese Frage nicht. Unser Land muss sowohl in die Europäischen Forschungsförderung eingebunden sein, als auch im eigenen Land Unternehmen und Forscher zielgerichtet unterstützen. Zwei von vielen Gründen dafür sind, dass die europäische Forschungsförderung einen erheblichen Beitrag zur Kooperation zwischen exzellenten Forschungseinrichtungen der Mitgliedsstaaten intensiviert und deutlich größere Projekte als ein einzelner Staat tragen kann. Das ist für die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft entscheidend.
- AfD** Keine Antwort

c) Wie wollen Sie die deutsche Industrie anderen gegenüber wettbewerbsfähig machen und ein Klima für mehr Unternehmensgründungen schaffen?

CDU

Die CDU will ein umfangreiches Entfesselungspaket auf den Weg bringen, das Unternehmen von Steuern und Bürokratie entlastet sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt. Das Ziel dabei: Die Macherinnen und Macher sollen ihre Tatkraft zuallererst dafür einsetzen, erfolgreich zu wirtschaften und nicht für die Erfüllung bürokratischer Pflichten. Denn das bringt unser Land voran, schafft Arbeitsplätze und damit gute Entlohnung für alle Arbeitnehmer. Eine Entlastung von Unternehmen in Milliardenhöhe ergibt sich allein durch den Abbau von Bürokratiekosten. Die eingeführte Bürokratiebremse, das „One in, one out“-Prinzip, ist erfolgreich. Danach müssen neue Bürokratiekosten, die sich auf die Wirtschaft auswirken, an anderer Stelle wieder eingespart werden. Mit der Ausweitung zu einer „One in, two out“-Regel will die CDU für einen Entfesselungsschub sorgen.

Um mehr Freiraum für Gründerinnen und Gründer zu schaffen, soll ein bürokratiefreies Jahr nach Gründung eingerichtet und im zweiten Gründungsjahr bürokratische Belastungen auf ein Minimum reduziert werden. Die Ausnahmen sollen vor allem für ausgewählte steuerrechtliche Regeln und Dokumentationspflichten gelten.

Durch eine digitale und prozesshafte Verwaltungsmodernisierung wollen wir erreichen, dass alle Ebenen des öffentlichen Dienstes sich mehr als Dienstleister für die Bürger und Unternehmen verstehen und dort, wo es Sinn macht auch Daten miteinander austauschen können, um diesen Wege abzunehmen und Prozesse zu vereinfachen und zu beschleunigen und so Ressourcen freizusetzen.

SPD

Den Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse werden wir durch direkte Investitionsförderung staatlich unterstützen und die derzeitigen höheren Kosten von klimaschonenden Technologien ausgleichen; klima- und umweltschädliche Subventionen werden wir abbauen. Wir werden einen Markt für umweltfreundliche Ausgangsmaterialien schaffen. Wir werden unsere Industrien sichern und die Verlagerung von Produktion und Emissionen ins Ausland durch maßgeschneiderte Instrumente unattraktiver machen. Außerdem werden wir dafür sorgen, dass für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, auch der Industriestrompreis wettbewerbsfähig ist.

Um mehr Unternehmensgründungen anzuregen und mittelständischen Unternehmen eine sinnvolle Nachfolgeplanung zu ermöglichen, setzen wir auf drei Kernpunkte: Organisatorische Unterstützung wie One-Stop-Agenturen für Gründer*innen, erleichterter Zugang zu Kapital durch Projektförderung sowie öffentliche Fonds für Wagniskapital und eine „Kultur der zweiten Chance“, auch im Insolvenzrecht. Existenzgründungen von Frauen und in der Fläche werden wir mit eigenen Programmen gezielt fördern.

Grüne

Klimaneutralität ist mittlerweile die entscheidende Größe auf den Märkten der Zukunft. Eine Vielzahl an Unternehmen hat die Zeichen und Chancen längst erkannt und steht mit klimaneutralen Prozessen und Technologien bereit - braucht jedoch endlich einen politischen Rahmen, um auch Planungs- und Investitionssicherheit zu haben. Wir werden der Wirtschaft diesen Rahmen in der kommenden Bundesregierung geben. Die

Spielräume für die Wirtschaft erweitern, damit sie gerade nach der Corona-Krise klimafreundlich investieren. Dafür erweitern wir den steuerlichen Verlustrücktrag und verbessern die Abschreibungsmöglichkeiten im Einkommenssteuergesetz, sodass Klima-Investitionen auch nach Auslaufen der aktuellen Corona-Sonderregelungen degressiv mit mindestens 25 Prozent abgeschrieben werden können. Die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung stärken wir und beschleunigen die Förderentscheidungen.

Linke Siehe Punkt 2a

FDP Wir Freie Demokraten fordern einen Entfesselungspakt für die deutsche Wirtschaft, in dem Maßnahmen zur Bürokratieentlastung gebündelt und vorangetrieben werden. Der stetig wachsende Bürokratiedschungel belastet die Bürgerinnen und Bürger sowie die deutschen Unternehmen und bremst die wirtschaftliche Entwicklung aus. Zudem wollen wir die faire und regelbasierte europäische Wettbewerbsordnung schützen und stärken und damit internationale Standards setzen.

Um ein besseres Klima für Unternehmensgründungen zu schaffen, fordern wir Freie Demokraten einen branchenunabhängigen Gründungszuschuss, der entkoppelt von einer vorhandenen Arbeitslosigkeit gewährt wird. Zum Beispiel sollen sich die Gründerinnen und Gründer auch während beziehungsweise nach der Familienphase einmalig um eine Förderung in der Startphase bewerben können. Dafür muss ein tragfähiges Existenzgründungskonzept vorliegen. Vorbild kann hier das NRW-Gründerstipendium sein. Zur sozialen Absicherung soll, befristet auf maximal 15 Monate, zudem eine Pauschale von 300 Euro gewährt werden, die eine freiwillige Absicherung in den gesetzlichen Sozialversicherungen ermöglicht. Krankenkassenbeiträge von freiwillig gesetzlich versicherten Selbstständigen sollen anhand des tatsächlichen Einkommens bemessen werden. Damit fördern wir Gründungen in allen Lebenslagen.

AfD Keine Antwort

3. Eine nachhaltige Entwicklung ist unumgänglich, um die schwindenden natürlichen Ressourcen, unsere Lebensgrundlagen, besser zu schützen:

a) Welchen Raum nehmen Fragen der nachhaltigen Entwicklung in Ihrer Politik ein?

CDU Nachhaltige Entwicklung spielt für uns eine existenzielle Rolle. Dabei meinen wir aber Nachhaltigkeit im ganzheitlichen Sinne: ökologisch, ökonomisch und sozial. Mit dem europäischen Green Deal soll Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt werden und gleichzeitig ist dieser mit einer echten Wachstumsstrategie verbunden. Darum wollen ihn auch in Deutschland zügig umsetzen, indem zum Beispiel die Bundesverwaltung ihr Handeln und ihre Beschaffung als Großabnehmer an Nachhaltigkeitsindikatoren ausrichtet und Gesetze eine Nachhaltigkeitsprüfung bekommen. Auch in der Landwirtschaft ist mit der Gemeinsamen Agrarpolitik ein Systemwechsel zu mehr ökologischer Nachhaltigkeit erfolgt. Wir wollen mit den Landwirten diesen Weg gemeinsam weiter beschreiten, denn je mehr Produkte aus unserem heimischen Umfeld kommen, umso mehr reduzieren wir Fahrtwege und den damit verbundenen CO²-Ausstoß. Mit dem CO²-Grenzausgleich wollen wir die

Verlagerung von Produktionen ins Ausland verhindern. Damit sichern wir Arbeitsplätze und die Einhaltung europäischer Klimastandards. Für energieintensive Produktionen wollen wir mit Differenzverträgen mehr klimafreundliches bzw. klimaneutrales Produzieren ermöglichen und fördern. Außerdem verhindern wir so, dass aus der Decarbonisierung eine Deindustrialisierung Deutschlands wird. Auch das sichert Arbeitsplätze. Zusätzlich dazu werden neue Arbeitsplätze und Chancen für unser Land in den erneuerbaren Energien entstehen. Auch deshalb gilt es diese zu fördern und mit Innovationen „Made in Germany“ den Kampf gegen den Klimawandel weltweit aktiv mitzugestalten. Nur so können wir unseren Wohlstand auf Dauer sichern.

SPD Wir richten unsere Politik an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDG) aus und werden dazu die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickeln. Wir wollen einen neuen sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrag, der dafür sorgt, dass im Wandel niemand abgehängt wird.

Grüne Nachhaltigkeit ist das Herzstück GRÜNER Politik. Für uns steht der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen im Fokus, auch damit wir nicht auf Kosten zukünftiger Generationen leben. Die Klimakrise und die Endlichkeit von Ressourcen machen sehr deutlich, wie nötig ein Umsteuern ist. Wenn wir es jetzt klug anstellen, können wir unser Wirtschafts- und Finanzsystem neu eichen und dafür sorgen, dass Wachstum nur im Einklang mit den planetaren Grenzen stattfindet, statt unsere natürlichen Ressourcen zu übernutzen. Unsere Sozialsysteme, den Arbeitsmarkt und die Staatsfinanzierung richten wir darauf aus, auch beim Wirtschaften innerhalb dieser Grenzen stabil zu bleiben. Wir können eine sozial-ökologische Marktwirtschaft im Sinne des Gemeinwohls in Europa begründen, die Wohlstand mit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit versöhnt und den Menschen dient. Damit das gelingt, stellen wir die Weichen konsequent auf Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft und ermöglichen der Wirtschaft neue Spielräume innerhalb der planetaren Grenzen. Wir schaffen Anreize, streichen umweltschädliche Subventionen und setzen ordnungspolitische Regeln, damit nachhaltig produziert, gehandelt und konsumiert wird. Wir nutzen Konzepte wie Wachstum, Effizienz, Wettbewerb und Innovation als Mittel zum Zweck und bemessen klimagerechten Wohlstand, das eigentliche Ziel von Politik, neu.

Linke Umwelt- und Klimaschutz ist ein zutiefst soziales Thema. Schließlich geht es um die Lebensgrundlagen von uns Menschen. DIE LINKE streitet daher wie im Eingangsstatement beschrieben dafür, dass alle Gesetze und Programme nach Nachhaltigkeitskriterien beschlossen werden. Es kann nicht sein, dass wir es uns als Gesellschaft immer noch erlauben, den weiteren Raubbau an unseren Lebensgrundlagen fortzuführen. Gleichzeitig sind wir dagegen, dass entsprechende Gesetze und Maßnahmen zu mehr Armut im Land führen. Im sächsischen Landtag haben wir daher bei dem von uns eingebrachten Klimaschutzgesetz folgende Handlungsgrundsätze vorangestellt:

„§ 2 Grundsätze

(1) Der Freistaat Sachsen erkennt an, dass eine Beschleunigung bei der Minderung der Treibhausgasemissionen erforderlich ist, um das Ausmaß der notwendigen Anpassungen an die Folgen des Klimawandels und damit deren Kosten für die Gesellschaft zu verringern. Dazu ist der absolute Eintrag von Treibhausgasen in die Atmosphäre zu verringern. Das Wachstum der Bevölkerung oder eine Steigerung der

Wirtschaftsleistung sind keine Gründe für eine Abweichung von der Verpflichtung nach Satz 1 (**Beschleunigungsgrundsatz**).

(2) Projekte und Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels dürfen dem Ziel des Klimaschutzes nicht entgegenstehen. Gleichzeitig sollen Maßnahmen zum Klimaschutz so ausgestaltet werden, dass sie keine nachteiligen Auswirkungen auf die zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels ergriffenen Maßnahmen haben (**Gestaltungsgrundsatz**).

(3) Der Freistaat Sachsen fördert das Verständnis für die Verwirklichung der Ziele des Klimaschutzes und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Hierzu sind die staatlichen, kommunalen und privaten Bildungs- und Informationsträger bei Wahrnehmung der Aufgabe zur Aufklärung über Ursachen und Bedeutung des Klimawandels sowie Aufgaben des Klimaschutzes und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels personell, organisatorisch und finanziell zu unterstützen (**Klimaschutzbildungsgebot**).

(4) Die Maßnahmen zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels nach diesem Gesetz sind so zu gestalten, dass sie die Überwindung von Armut und sozialer Ungleichheit sowie die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen (**Sozialverträglichkeitsgebot**).

(5) Die Einwohnerinnen und Einwohner sollen frühzeitig an allen Maßnahmen zur Planung und Umsetzung des Klimaschutzes sowie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels auf kommunaler und auf Landesebene beteiligt werden. Ihre unmittelbare Beteiligung an den betreffenden Verfahren, Projekten und Maßnahmen ist durch geeignete Instrumente und Vorkehrungen zu gewährleisten (**Beteiligungs- und Teilhabegrundsatz**).“

Zum Bereich Energie haben wir auf Landesebene (denn dort wird die Energiewende umgesetzt) konkret diese Maßnahmen in unserem Klimaschutzgesetz gefordert:

„§ 7 Stromproduktion und Stromverbrauch

(1) Der Freistaat Sachsen strebt an, seinen Strombedarf **bis zum Jahre 2035** bilanziell durch einen **Mix aus erneuerbaren Energien aus eigenen Quellen decken**. Das Erreichen dieses bereichsspezifischen Klimaschutzzieles wird mit den folgenden Maßnahmen gewährleistet:

1. Ausbau des Anteils der installierten Leistung aus erneuerbaren Energien aus eigenen Quellen an der gesamten Stromproduktion,
2. **Förderung der Sektorenkopplung,**
3. **Auf- und Ausbau von Speichertechnologien und Stromverteilnetzen,**
4. **Dezentralisierung der Energieversorgung** und
5. **Steigerung der Energieeffizienz.**

(2) Der Freistaat Sachsen erschließt und nutzt die vorhandenen Potenziale der erneuerbaren Energien mit den folgenden Maßnahmen:

1. Ausweisung von mindestens **zwei Prozent der gesamten Landesfläche als Vorranggebiete für die Nutzung der Windenergie,**
2. Nichtinanspruchnahme der bundesgesetzlichen Ermächtigung gemäß § 249 Absatz 3 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, durch den Landesgesetzgeber (**1000m Abstandsregel**),
3. Einführung von Möglichkeiten und Instrumenten der **kommunalen und direkten Bürgerbeteiligung sowie der finanziellen Teilhabe** an Vorhaben und Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien,

4. **Bereitstellung von geeigneten Dachflächen von Gebäuden** im Eigentum des Freistaates Sachsen, der Gemeinden, der Landkreise sowie der sonstigen, der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie deren Zusammenschlüsse für die Stromerzeugung durch die **Nutzung solarer Strahlungsenergie** durch die jeweiligen öffentlichen Stellen gemäß § 4 Absatz 2,
5. Verpflichtung zur **Ausstattung von Neubauten im mit Photovoltaikanlagen**, ersatzweise mit Solarthermie-Anlagen oder Grün- und Biodiversitätsdächern,
6. besondere **Förderung von Agri-Photovoltaik-Anlagen.**“

Folgende Treibhausgasreduktionsziele streben wir an, an der sich der EE-Ausbau orientieren muss:

Ausgehend vom Basisjahr 1990 soll bis zum Jahr 2030 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 70 Prozent, bis zum Jahr 2040 um 88 Prozent und bis zum Jahr 2045 um 95 Prozent erfolgen.

FDP Wir Freie Demokraten wollen nachhaltige Entwicklung und Wohlstand durch Bioökonomie zusammenführen. Dadurch beabsichtigen wir Antworten auf globale Herausforderungen unserer Zeit finden: Klimawandel, Schutz natürlicher Lebensgrundlagen, Sicherstellung der Welternährung und die Endlichkeit fossiler Rohstoffe. Bioökonomie ist die nachhaltige und innovative Nutzung biologischer Ressourcen und die Weiterentwicklung biologischer Prozesse. Wir wollen innovative Forschung zur effizienteren Nutzung von Ressourcen voranbringen und einen Beitrag für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Wirtschaft leisten. Damit verbinden wir Ökologie und Ökonomie.

Weiterhin betrachten wir Freie Demokraten die Umweltpolitik als Innovationsmotor, weswegen wir für eine ideologiefreie umweltpolitische Gesetzgebung und die Förderung einer lebendigen, innovativen Start-up-Kultur eintreten. Wir unterstützen daher auch alle Innovationen in Züchtung, Pflanzenschutz, Digitalisierung und anderen Bereichen, die durch ihre Nutzung dazu beitragen, die Belastung der Umwelt zu minimieren.

AfD Keine Antwort

b) Sehen Sie die Notwendigkeit, noch mehr für den Schutz von Klima und Umwelt zu unternehmen?

CDU Klima- und Umweltschutz ist eine ambitionierte Aufgabe, die sich nur langfristig gedacht und in der internationalen Gemeinschaft zusammen lösen lässt. Um das 1,5° Ziel zu erreichen, müssen weltweit über 51 Milliarden Tonnen Emissionen eingespart werden. Deshalb muss die internationale Zusammenarbeit noch verbessert werden. Es bringt dem Klima nichts, wenn wir in Deutschland aus der Kohle aussteigen, während in Afrika ein Kohlekraftwerk nach dem nächsten gebaut wird. Diesen Weg müssen wir alle gemeinsam gehen. Dazu braucht es Antworten auf die Fragen der Versorgungssicherheit in Deutschland und der Welt. Diese müssen wir gemeinsam finden. Wir werden darauf achten, dass Produktionsprozesse nicht in Drittstaaten mit geringeren Klimaschutzstandards verlagert und Emissionen dort weiterhin ausgestoßen

werden. Wir streben international höhere Standards und angepasste Preise an, zudem wollen wir in internationalen Klimakooperationen mit großen Volkswirtschaften ambitionierte Standards etablieren.

SPD Die multiplen Krisen der letzten Jahre und Jahrzehnte (Klimakrise, Artensterben, Pandemien) halten uns vor Augen, dass wir als Gesellschaft global und national unsere Ziele beim Umwelt- und Klimaschutz weiter forcieren und auch entsprechende Erfolge herbeiführen müssen. Da stehen wir bei nachfolgenden Generationen und auch den Menschen im globalen Süden in der Pflicht.

Den Klimawandel zu stoppen, ist eine Menschheitsaufgabe. Unsere Politik richtet sich nach dem Klimaabkommen von Paris: Wir müssen die globale Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad Celsius begrenzen. Darum haben wir uns zum Ziel gesetzt, in Deutschland bis spätestens 2045 komplett klimaneutral zu sein.

Grüne Ja und zwar dringend. Die nächste Bundesregierung wird die letzte sein, die die notwendigen Weichen stellen kann um das Ziel aus dem Pariser Klimaabkommen des 1,5 Grad Pfads einhalten zu können. Wirtschaften und leben wir weiter wie bisher, werden wir dieses Ziel krachend verfehlen. Dieses Jahrzehnt ist dafür entscheidend. Das heißt wir brauchen sofort den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und einen schnelleren Kohleausstieg, eine Mobilitätswende, eine Sanierungswelle für Gebäude, einen wirksamen CO₂-Preis, den Abbau von umwelt- und klimaschädlichen Subventionen und eine umwelt- und klimagerechte Umgestaltung der Landwirtschaft. Jedes Zehntelgrad zählt. Unsere Partei hat dafür sein [Klimaschutz-Sofortprogramm](#) vorgelegt, in dem anhand von 10 Themenfeldern vorgestellt wird, welche konkreten Maßnahmen wir sofort in einer nächsten Bundesregierung ergreifen würden.

Linke Siehe Punkt 3a

FDP Wir Freie Demokraten stehen für mehr Mut in den Themen Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung und bekennen uns ausdrücklich zum Pariser Klimaschutzabkommen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Deutschland und Europa haben sich zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 verpflichtet. Dieses Ziel können wir durch ein striktes und jährlich sinkendes CO₂-Limit in einem umfassenden Emissionshandelssystem zuverlässig erreichen. Es sollte jedoch regelmäßig auf Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse in den Sachstandsberichten des Weltklimarates (Intergovernmental Panel on Climate Change) evaluiert werden. Sollte Klimaneutralität in der EU in dem Zuge bereits frühzeitiger angestrebt werden, kann der Emissionshandel die Zielerreichung durch Anpassung des Senkungspfads weiterhin garantieren. Damit bekennen wir uns auch zum 13. Ziel für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Den Weg dorthin überlassen wir dem Erfindergeist von Ingenieurinnen und Ingenieuren, Technikerinnen und Technikern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

AfD Keine Antwort

c) **Wie sollte Ihrer Ansicht nach, die Energiewende gemeistert werden?**

CDU Die Energiewende muss im Endeffekt zu einem günstigen Strom für Haushalte und Industrie führen. Deshalb wollen wir Erneuerbare Energien von Bürokratie und Abgaben, Steuern und Umlagen befreien, die EEG-Umlage soll abgeschafft werden. Wichtig ist auch die ausreichende Förderung einer technologieoffenen Forschung zum Beispiel an Brennstoffzellen oder der Kernfusion, wir dürfen uns auf bestimmte Technologien nicht versteifen, sondern müssen immer weiterdenken. Die Verkürzung der Lagerzeiten von Atommüll, wenn dieser durch neue Technologien nutzbar gemacht werden kann, ist hier ein gutes Beispiel. Innovationen statt Verbote ist unser Motto! Um trotzdem eine CO²-neutrale Stromproduktion zu ermöglichen, müssen wir so schnell wie möglich 100 % erneuerbare Energien erreichen, in dem beispielsweise Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt und vereinfacht werden. Diese Verfahren müssen auch für den Ausbau von Stromtrassen gelten, die als „Lebensader“ den günstigen Windstrom aus den Norden in die Industriezentren in der Mitte und Süden Deutschlands transportieren. Zur Versorgungssicherheit müssen Speichermöglichkeiten aufgebaut werden, der dort gespeicherte Strom soll von allen Umlagen und Entgelten befreit werden. Der Bund muss Vorreiter bei der Klimaneutralität seiner eigenen Gebäude werden und diese mit Wärmepumpen sowie Photovoltaik ausstatten.

SPD In einem Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden vereinbaren wir verbindliche Ausbauziele für erneuerbare Energien. Damit die Energiewende vor Ort zur Win-Win-Situation für alle wird, laden wir Bürger*innen und Gemeinden zum Mitmachen ein, indem wir Mieterstrom und gemeinschaftliche Eigenversorgung stärken, kommunale Beteiligungsmodelle ausweiten und nachhaltige Stromanleihen auflegen.

Wir wollen dafür sorgen, dass alle dazu geeigneten Dächer eine Solaranlage bekommen. Unser Ziel ist eine Solaranlage auf jedem Supermarkt, jeder Schule und jedem Rathaus. Wir werden innovative Formen der erneuerbaren Stromerzeugung wie integrierte Photovoltaik in der Gebäudehülle und auf landwirtschaftlichen Flächen gezielt fördern und neue strategische Energiepartnerschaften aufbauen.

Mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien müssen wir Energie zugleich effizienter nutzen. Wir werden die Energieeffizienzziele und -standards weiterentwickeln.

Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung.

Wir werden dafür sorgen, dass Bürger*innen mit niedrigen Einkommen nicht ins Hintertreffen geraten. Mit dem Ansteigen des CO₂-Preises werden wir für weitere sozial gerechte Ausgleichsmaßnahmen sorgen. Einen Pro-Kopf-Bonus werden wir prüfen.

Grüne Für uns GRÜNE ist klar, wir müssen schneller aus der Kohle raus – bis 2030. Aber eine fossile Infrastruktur darf nicht einfach durch eine andere fossile Infrastruktur ersetzt werden. Wir leiten daher den Einstieg in den Ausstieg aus den Fossilen ein: Die Planung unserer Infrastruktur für Strom, Wärme und Wasserstoff braucht ein Update und muss Klimaneutralität in den Mittelpunkt stellen. Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen,

die wir für den Kohleausstieg brauchen, darf es deshalb überhaupt nur geben, wenn sie aktuell zwingend notwendig sind und bereits Wasserstoff-ready geplant und gebaut werden. Wir werden die rechtlichen Grundlagen dafür schaffen, dass neue Betriebsgenehmigungen zeitlich befristet erteilt werden und den Wechsel von Erdgas zu erneuerbaren Energieträgern enthalten. Neue Erdgas-Pipelines, die nicht auf grünen Wasserstoff ausgerichtet sind, konterkarieren die Energiewende und sollten gestoppt werden. Denn auch Erdgas ist ein klimaschädlicher Brennstoff, sein Gebrauch muss immer weiter abnehmen. Damit das gelingen kann, müssen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen. In einem ersten Schritt wollen wir die erneuerbaren Energien als zwingend für die Versorgungssicherheit definieren und dafür 2 Prozent der Fläche bundesweit nutzen. Dafür wollen wir Solaranlagen auf Dächern zum Standard machen und entsprechend fördern. Photovoltaik wollen wir in die Fläche bringen, indem wir die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen erleichtern. Auch beim Ausbau von Windenergie steht der Abbau von bürokratischen Hürden im Vordergrund. Exzessive, pauschale Mindestabstände zu Siedlungen leisten keinen Beitrag zur Akzeptanzsteigerung. Wir sorgen mit frühzeitiger Bürger*innenbeteiligung vor Ort, klaren Vorrang- bzw. Eignungsgebieten für Wind sowie mit Ausschlussgebieten und gezielten Artenschutzprogrammen für eine Anwohner*innenfreundliche und naturverträgliche Standortwahl. Grüner Wasserstoff wird eine zentrale Rolle für die Versorgungssicherheit einnehmen, da er gut speicherbar ist. Deutschland ist bei den Technologien zur Erzeugung von Wasserstoff weit vorne. Diese Führungsrolle wollen wir weiter ausbauen und mit Marktanreizen und einem umfassenden Förderprogramm die Kapazitäten zur Wasserstoffherstellung in Deutschland schaffen.

Linke Siehe Punkt 3a

FDP Wir Freie Demokraten wollen den Ausbau von Speichern vorantreiben. Denn vor allem Stromspeicher sind eine Voraussetzung für den Erfolg der Energiewende. Jedoch wird die Energiewende, genauso wenig wie die Klimaschutzziele, nicht allein durch Innovationen im Stromsektor gemeistert. Wärme und Kälte für Gebäude, Industrieprozesse sowie Kraftstoffe für den Verkehr spielen in diesem Themenkomplex ebenfalls eine erhebliche Rolle. Deswegen betrachten wir die Energiewende ganzheitlich und setzen auf Innovationen, Technologieoffenheit und Internationalität. Unser Ziel ist ein kosteneffizientes, sicheres und weltweit vernetztes europäisches Gesamtsystem „Energieversorgung“. Wir wollen eine naturwissenschaftlich fundierte Energiepolitik, die auf Innovation, Wettbewerb und hohe gesellschaftliche Akzeptanz setzt.

Zudem wollen wir Freie Demokraten die Digitalisierung der Energiewende in Deutschland schneller und unbürokratischer voranbringen. Denn die Verbesserung der Energieeffizienz, die Flexibilisierung des Verbrauchs und der Tarife sowie die Sicherstellung der System- und Versorgungssicherheit kann nur durch konsequente Digitalisierung gelingen.

AfD Keine Antwort

4. Wasserkraft als verlässliche Energieressource:

a) Welchen Stellenwert hat die Nutzung der Wasserkraft in Ihrer Partei bei der wirtschafts- und energiepolitischen Ausrichtung?

- CDU** Wasserkraft gehört für uns zu einem intelligenten und diversifizierten Energiemix, der nachhaltig und sicher ist. Wasserkraftwerke sind mit die saubersten Energieerzeuger und viele Betreiber haben in den vergangenen Jahren die Konflikte mit Anglern und Umweltschützern durch Umbauten wie Fischtrepfen und -rechen sowie strömungsoptimierte Turbinen gelöst. Wasserkraft kann und sollte daher weiter einen gewichtigen Stellenwert in unserem Strommix haben, zumal sie im Vergleich zu Strom aus Sonne und Wind durchgängig zur Verfügung steht.
- SPD** Die Wasserkraft ist Teil der Erneuerbaren Energien und auf Bundesebene vor allem eine in Süddeutschland relevante Form der Energieerzeugung. Der Anteil in Sachsen an den Erneuerbaren Energien und der Stromerzeugung ist relativ gering und das Ausbaupotential laut Analyse der SAENA weitestgehend ausgeschöpft. Gerade im Hinblick auf den Klimawandel und schwankende Wasserdarangebote zu verschiedenen Jahreszeiten sollte die Wasserkraft neu bewertet und ihre Rolle beim Klimaschutz und Klimawandelanpassungen (z.B. beim Hochwasserschutz) genauer untersucht werden.
- Grüne** Wir beurteilen den Stellenwert durch 2 Faktoren. 1. Verfügbarkeit und 2. Ausbaupotential. Wasserkraft hat grundsätzlich den Vorteil, dass sie im Vergleich zu Wind und Solarenergie kontinuierlicher zu Verfügung steht. Das Ausbaupotential ist jedoch geringer als für Wind und Solarenergie.
- Linke** Uns ist es wichtig, dass ökologische und energetische Ziele auch in der Wasserwirtschaft zusammengedacht werden. Wir sehen ein Potenzial beim Ausbau der Wasserkraft. Wir wollen dies unter ökologischen Gesichtspunkten entwickeln. Dazu fordern wir aktuell in einem Antrag die Staatsregierung zu folgendem auf:
1. eine umfassende, fachverbandlich abgestimmte Zustands- und Potenzialanalyse sämtlicher Standorte von Wasserkraftanlagen in Sachsen zu erarbeiten und dabei insbesondere:
 - a) die technisch-energiewirtschaftliche Rentabilität und ökologische Verträglichkeit im Hinblick auf die Erreichung der Gewässerentwicklungsziele gemäß EG-Wasserrahmenrichtlinie (2000\60\EG) unter Beachtung der erwartbaren Folgen des Klimawandels (Niedrigwasser, Wasserknappheit, hydrologische Extremereignisse u.a.) und der besonderen Anforderungen von Wasserkraftanlagen in Schutzgebieten zu berücksichtigen,
 - b) Möglichkeiten der Reaktivierung von Altanlagen/Altstandorten und der ökologischen Optimierung von Bestandsanlagen auf Grundlage einer ganzräumigen Betrachtung unter Berücksichtigung naturschutzfachlicher Standards, technischer Innovationen und des Verschlechterungsverbot zu prüfen,
 - c) Stauanlagen in Fluss(teil)-systemen, deren ökologischer Umbau und energetische Modernisierung vordringlich und beispielhaft kurzfristig realisierbar ist zu erfassen,
 - d) Altanlagen/Altstandorte zu erfassen, deren Rückbau erforderlich bzw. aus (energie-) wirtschaftlichen Gründen zweckmäßig ist, um die Funktionsfähigkeit des Gewässerökosystems wiederherzustellen und dauerhaft zu gewährleisten.

2. die in Antragspunkt 1 identifizierten Potenziale einer naturverträglichen Wasserkraftnutzung auszuschöpfen, unter anderem durch die Realisierung bzw. Unterstützung
 - a) des ökologischen Umbaus bestehender Wasserkraftstandorte,
 - b) von Repowering von Bestandsanlagen auf Grundlage einer ganzräumigen Betrachtung unter Berücksichtigung naturschutzfachlicher Standards, technischer Innovationen und des Verschlechterungsverbot,
 - c) der Revitalisierung von Fließgewässern unter Beibehaltung von Bestandsanlagen,
 - d) der Reaktivierung von Altanlagen an Standorten, die in Punkt 1b) identifiziert wurden und bei denen eine naturverträgliche Wasserkraftnutzung möglich ist.
3. die umweltverträglichen Potenziale von Wasserkraftanlagen sowie deren energiewirtschaftliche Bewertung im Rahmen einer Fortschreibung des Landesentwicklungsplans 2013 zu berücksichtigen.
4. Forschungsvorhaben einer naturverträglichen Wasserkraftnutzung zu initiieren bzw. zu fördern.

- FDP** Dezentrale Wasserkraftanlagen sind für uns Freie Demokraten ein wichtiges Element der Stromversorgung. Wir wollen einen diversifizierten Stromerzeugungsmix und einen Strommarkt, in dem jeder Anbieter seine Leistung jederzeit garantieren soll und sich dazu an einem offenen, digital unterstützten Leistungsmarkt absichern kann, zum Beispiel durch Vereinbarungen beziehungsweise handelbare Garantien mit Speicherkapazitäten, lastabwerfenden Industriebetrieben oder wind-/sonnenunabhängigen Stromerzeugern. Dabei können Wasserkraftwerke eine wichtige Rolle spielen und so ihre kontinuierliche Stromproduktion gewinnbringender vermarkten.
- AfD** Keine Antwort

b) Wie sieht Ihre Partei die zukünftigen Chancen der Kleinwasserkraft?

- CDU** Wenn die ökologischen Folgen von Kleinwasserkraftwerken geklärt und ausgeglichen werden, dann hat diese die gleichen Chancen wie Solarzellen oder Windräder verdient. Wie oben geschrieben, stehen Kleinwasserkraftwerke ständig bereit und leisten damit einen Beitrag zur Netzstabilität, gerade bei der Stromerzeugung zu 100 % aus Erneuerbaren Energien. Die Chancen liegen also in der dezentralen Stromversorgung und einer verbrauchernahen Einspeisung.
- SPD** Im Gegensatz zur großen Wasserkraft sehen wir die Potenziale der kleinen Wasserkraftanlagen dem Grunde nach als erschöpft an. Ausnahmen, auch im Rahmen der technischen Effizienz, wollen wir nicht grundsätzlich ausschließen, halten aber eine Prüfung für unbedingt geboten. Den potenziellen Beitrag zur Netzstabilität durch die Einspeisung von Strom aus kleinen Wasserkraftanlagen sehen wir in der Abwägung zu Belangen des Naturschutzes.

Grüne Grundsätzlich müssen wir alle erneuerbaren Energiequellen nutzen und können auf keine verzichten. Gerade im Kontext des schleppenden Ausbaus der erneuerbaren Energie ist es wichtig alle Möglichkeiten voll auszuschöpfen.

Linke Siehe Punkt 4a

FDP Kleine Wasserkraftanlagen haben vor allem lokal eine Bedeutung, um den Strombedarf kleiner Siedlungen und sonstiger Abnehmer zu decken. In diesem Bereich können sie eine sinnvolle Ergänzung zum überregionalen Energienetz sein und dieses entlasten. Im Zuge des aktuell stattfindenden Umdenkens und des Umbaus unseres Energiesystems wird die Zahl der Kleinwasserkraftbetreiber perspektivisch steigen. Dabei gilt es zu beachten, dass es nicht zu einer ökologischen Überlastung der mitteldeutschen Gewässer kommt.

AfD Keine Antwort

c) Wie beurteilt Ihre Partei das Ausbaupotenzial für die Nutzung der Wasserkraft?

CDU Die Potentialermittlung des Bundesumweltministeriums von 2010 zeigt, dass das Zubaupotential bei Wasserkraftanlagen in Deutschland etwa fünf Terawattstunden beträgt. Der Großteil wird durch bauliche und technische Verbesserungen an bestehenden (Klein-)Wasserkraftanlagen erfolgen, nur ein Bruchteil (ca. 0,62 THw, davon 0,4 THw an kleinen Gewässern) könnten durch Neuerrichtung von Anlagen erreicht werden. Ausbaupotential besteht also vorrangig durch Modernisierung, Reaktivierung von stillgelegten und den Erhalt bestehender Anlagen. Durch die Entwicklung von neuen technischen Anlagen kann aber auch nochmal der grundhafte Ausbau in den Blick genommen werden.

SPD Vgl. Antwort zu 4b).

Grüne Unserer Kenntnis nach ist das Potential eine installierte Leistung von ca. 433 GW. (Saena Studie aus 2018). Neben Hemmnissen wie Wasseraltrechte, Konflikte mit Naturschutz und Fischerei sehen wir besorgt auch zukünftige Dürreereignisse als ertragsmindernd an.

Linke Siehe Punkt 4a

FDP Leider sind die Möglichkeiten zur Nutzung der Wasserkraft in Mitteldeutschland durch geografische Bedingungen im Vergleich mit anderen Ländern begrenzt. Dort, wo Wasserkraft in einem ökonomisch und ökologisch vertretbaren Rahmen nutzbar ist, stehen in der Regel auch Anlagen. Die Freien Demokraten sehen jedoch ein Ausbaupotential in der Weiterentwicklung bestehender Anlagen und potentialsteigernden Innovationen. Eine besondere Rolle werden zukünftig Pumpspeicherkraftwerke spielen, da ihre Stromspeicherfähigkeit in einem EE-basierten Strommarkt dringend gebraucht wird.

AfD Keine Antwort

d) Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, denkmalgeschützte und die Kulturlandschaft prägende Wasserkraftanlagen nachhaltig und wirtschaftlich zu erhalten?

CDU Im Rahmen der bestehenden Förderprogramme wie dem Denkmalpflegeprogramm „National wertvolle Kulturdenkmäler“, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) oder länderspezifische Förderungen können denkmalgeschützte und die Kulturlandschaft prägende

Wasserkraftanlagen gefördert und damit auch erhalten werden. Wenn Denkmalschutz und Wirtschaftlichkeit im Zielkonflikt stehen, dann sollte das Motto „Nutzung vor Verfall“ gelten.

SPD Die wirtschaftliche Nutzbarmachung von als Baudenkmal geschützten Anlagen der Wasserkraft muss nicht nur unter Beachtung der ökologischen Standards, sondern auch unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes erfolgen.

Durch Fördermittel sollten solche technischen Denkmäler bei Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen finanziell unterstützt werden.

Grüne Dies kann nur im Einzelfall entschieden werden. Es gilt abzuwägen zwischen Belangen des Naturschutzes, des Denkmalschutzes sowie der zukünftigen Ertragsperspektive. Grundsätzlich begrüßen wir ein lokales Engagement. Wir setzen uns dafür ein, dass ein lokaler Vertrieb von erneuerbarem Strom einfacher wird. So könnte der Verkauf von Strom aus Wasserkraft z.B. von reduzierten Netzentgelten und Wegfall von Umlagen profitieren.

Linke Siehe Punkt 4a

FDP Für Wasserkraftanlagen, die als Attraktion in touristischen Konzepten dienen, können mit den Kommunen Arrangements getroffen werden, um Finanzierungs- und Kooperationsmöglichkeiten aufzuzeigen. Im Rahmen der Landesgesetzgebung hat sich die FDP Sachsen dafür stark gemacht, Wasserkraftanlagen, die nicht der Energiegewinnung dienen, von der Wasserentnahmeabgabe auszunehmen.

AfD Keine Antwort

e) Wie will Ihre Partei die Arbeitsplätze im wirtschaftlichen Umfeld der Wasserkraft in Sachsen dauerhaft sichern und ausbauen?

- CDU** Ein Ausbau der Arbeitsplätze hängt mit dem unter 4. c) beschriebenen Ausbaupotenzial zusammen, es wird also mehr auf den dauerhaften Erhalt von bestehenden Arbeitsplätzen hinauslaufen. Dabei trägt die Wasserkraft zur regionalen Wertschöpfung bei, weil sie die Möglichkeit zum Produzieren von Öko-Strom direkt vor der Haustür, der in der Wasserkraft Tätigen bietet. Wir werden die Handwerksbetriebe bei der Ausbildung und Gewinnung von genügend Fachkräften unterstützen, hier kommt es vor allem auf die Aus- und Weiterbildung im Bereich neuer Technologien an. Damit sind die Handwerksbetriebe mit ihrer Expertise für die gesamte Energiewende entscheidend.
- SPD** Die Wasserkraft in Sachsen sichert vor allem in strukturschwachen Regionen Arbeitsplätze. Außerdem leistet die Wasserkraft, wenn auch in kleinem Umfang, einen wichtigen Beitrag zur regenerativen Energieerzeugung. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung in Sachsen haben wir dafür gesorgt, den Fortbestand der Wasserkraft zu sichern und die Wirtschaftlichkeit der Anlagen weiter zu gewährleisten. Dafür haben wir die Wasserentnahmeabgabe in Sachsen abgeschafft und uns dafür eingesetzt, einen Ausgleich zwischen notwendigem Natur- und Umweltschutz und den wirtschaftlichen Interessen der Betreiber herzustellen. Diesen Weg wollen wir weitergehen.
- Grüne** Auch dies kann nur im Einzelfall entschieden werden.
- Linke** Siehe Punkt 4a
- FDP** Mit der von den Freien Demokraten vorgeschlagenen Ausweitung des CO₂-Zertifikatehandels wird Wasserkraft als weitgehend emissionsfreie alternative Stromerzeugung erheblich an Bedeutung gewinnen. Wir gehen daher davon aus, dass die Arbeitsplätze zukunftsfest sind.
- AfD** Keine Antwort

f) Was wird Ihre Partei unternehmen, um den Bau und die Reaktivierung von Wasserkraftanlagen zu fördern, damit deren Betrieb in einem ökologisch-ökonomischen Gleichgewicht ermöglicht wird?

- CDU** Siehe Antworten zu 4. a) – e). Die Ausbaupotentiale der Wasserkraft sind weitestgehend erschöpft, auch weil die ökologischen Rahmenbedingungen dies bedingen.
- SPD** Alle gesetzgeberischen Vorgaben müssen eingehalten werden. Wie unter 4 a) bereits erwähnt, sollte eine Neubewertung im Rahmen von notwendigen Anpassungen an den Klimawandel erfolgen.

- Grüne** Hier ist uns eine Betrachtung der Lage vor Ort wichtig. Der Dialog mit den Menschen vor Ort insbesondere zwischen den Betreibern der Wasserkraftanlagen, Naturschutzorganisationen und weiteren Interessensgruppen soll gefördert werden. Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit wird ein höherer CO2 Preis auf fossile Brennstoffe den Verkauf von Strom aus Wasserkraft begünstigen.
- Linke** Siehe Punkt 4a
- FDP** Die Durchlässigkeit der Fischwanderwege, unzerschnittene Fließgewässer und ausreichende Mindestwassermengen sind die Voraussetzung, die bei einem Betrieb von Wasserkraftanlagen zu beachten sind. Die finanzielle Förderung zur Errichtung von Fischtreppe an den Wehren bietet eine Möglichkeit, um auf ein ökologisch-ökonomisches Gleichgewicht hinzuwirken. Wasserkraftschnecken bieten einen weiteren Ansatz, um Schäden an der Fischpopulation zu minimieren.
- AfD** Keine Antwort

5. Warum sollten unsere Mitglieder und deren Angehörige und Familien Ihre Partei wählen?

- CDU** Die Bundestagswahl am 26. September ist eine Richtungswahl: nach 16 Jahren mit unserer Kanzlerin Angela Merkel hat sich Deutschland gut entwickelt, beispielsweise haben sich die Arbeitslosenzahlen halbiert, 94 % der Haushalte haben einen Breitbandanschluss von 50/MBs, die Erneuerbaren Energien machen einen Anteil von 40 % bei der Stromerzeugung aus und viele weitere Dinge wurden erreicht. Sie entscheiden, ob diese Entwicklung mit nötigen Kurskorrekturen weitergeht oder ob Deutschland in ein ungewisses Politikexperiment geführt wird
- SPD** In den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts entscheidet sich, welche Rolle Deutschland und Europa in der Welt spielen werden. Mit den Zukunftsmissionen der SPD werden wir heute die Zukunft gestalten.
- Wir wollen Vollbeschäftigung erreichen mit guter Arbeit und gerechten Löhnen.
- Wir wollen Industrie- und Innovationsstandort bleiben, mit klimaneutralen Produkten und Technologien, einer modernen Mobilität weltweit Standards setzen und die Möglichkeiten der Digitalisierung basierend auf unseren Werten nutzen.
- Wir wollen dafür sorgen, dass der erwirtschaftete Wohlstand allen Bürger*innen in unserem Land ein gutes und sicheres Leben ermöglicht.
- Wir wollen aus Träumen Zukunft machen. Wir wollen, dass alle Menschen ihre Wünsche verwirklichen und ihre Ziele erreichen können. Am Anfang ihres Lebens, aber auch wenn sie bereits mitten im Leben stehen. Mit gleicher Förderung vom Beginn eines Lebens an, und mit Möglichkeiten sich zu entwickeln - ein Leben lang.

Wir wollen eine Gesellschaft, die inklusiv und solidarisch ist und allen Bürger*innen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich macht. Ein moderner und starker Sozialstaat ist dafür die Grundlage und begegnet allen Menschen mit dem Respekt, den sie verdienen.

Wir wollen respektvoll zusammenleben. Unsere Gesellschaft lebt von ihrer kulturellen Vielfalt, Kreativität und Verschiedenheit. Demokratie und soziale Gerechtigkeit sind die Grundlagen für eine starke Gesellschaft, die Extremismus, politischem Hass und gesellschaftlicher Hetze den Kampf ansagt und vor Kriminalität schützt.

Wir wollen Frieden sichern. Aus einer starken europäischen Gemeinschaft ziehen wir die Kraft für eine gemeinsame Friedenspolitik, die Konflikte löst und Menschen über Grenzen zusammenbringt.

Wir wollen Verantwortung übernehmen. Wohlstand und Anstand dürfen keine Gegensätze sein. Unser Lebensstandard darf nicht auf der Ausbeutung von Mensch und Natur beruhen. Weder in Deutschland noch in Europa oder anderen Regionen der Welt.

Dafür werben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zusammen mit unserem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz und unserem Zukunftsprogramm der SPD.

Grüne Weil am Klimaziel kein Weg vorbeiführt. Mit dem Klimaschutz-Sofortprogramm führen wir unser Land auf den 1,5-Grad-Pfad. Wir entlasten die Bürger*innen mit einem Energiegeld und einer Reduzierung der EEG-Umlage – so wird Klimaschutz sozial gerecht. Wir beschleunigen den Ausbau der erneuerbaren Energien und ziehen den Kohleausstieg auf 2030 vor. Mit zusätzlichen Investitionen von 50 Milliarden Euro im Jahr in die sozial-ökologische Transformation schaffen wir sichere, zukunftsfeste Arbeitsplätze, besonders im Bereich der erneuerbaren Energien, und ein modernisiertes Land.

Linke Nunja, dass müssen sie natürlich selbst entscheiden. Wir stehen mit einem Angebot bereit, welches soziale Gerechtigkeit und einen konsequenten Klimaschutz in den Mittelpunkt unseres Handelns stellt. Wirksame Klimaschutzmaßnahmen erzielt man nur mit den Menschen, damit diese auch persönliche und unmittelbare Vorteile daraus erzielen können. Unser Wahlprogramm und alle dazugehörigen Themenbereiche finden Sie hier: <https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm-2021/>

Wir danken Ihnen für Interesse an unseren Positionen und stehen weiterhin sehr gerne, auch für einen kontroversen Austausch zur Verfügung. Alles Gute!

FDP Wir Freie Demokraten wollen Bürgerinnen und Bürger bürokratisch entlasten. Insbesondere möchten wir Bürokratie im Energierecht abbauen und somit unnötige Entschleunigungen beseitigen. Weiterhin wollen wir die Unternehmenssteuerlast auf 25 Prozent senken und die Gewerbesteuer abschaffen. Vor allem Wasserkraftwerk Betreiberinnen und -Betreiber profitieren von diesem Vorhaben. Steuerliche Entlastungen sollen jedoch nicht nur Unternehmen zugute kommen, sondern auch

Bürgerinnen und Bürgern. Wir stehen für faire Steuern ein und wollen die Abgabenbelastung für die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber wieder auf unter 40 Prozent senken. Überdies hinaus möchten wir Deutschland voranbringen - in jeglicher Hinsicht. Wir wollen Deutschland endlich digitalisieren, modernisieren, die schulische Bildung dem 21. Jahrhundert gemäß ausrichten, Nachhaltigkeit stärken und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Autonomie und Freiheit zukommen lassen

AfD Keine Antwort

Dresden, 21.09.2021

Wasserkraftverband Mitteldeutschland e.V.
Präsident: Martin Richter

Geschäftsstelle:
Schützengasse 16
01067 Dresden

Tel.: 0351 418 833 612
Fax: 0351 418 833 617

E-Mail: info@wasserkraftverband.de
Internet: www.wasserkraftverband.de

VR Amtsgericht Leipzig